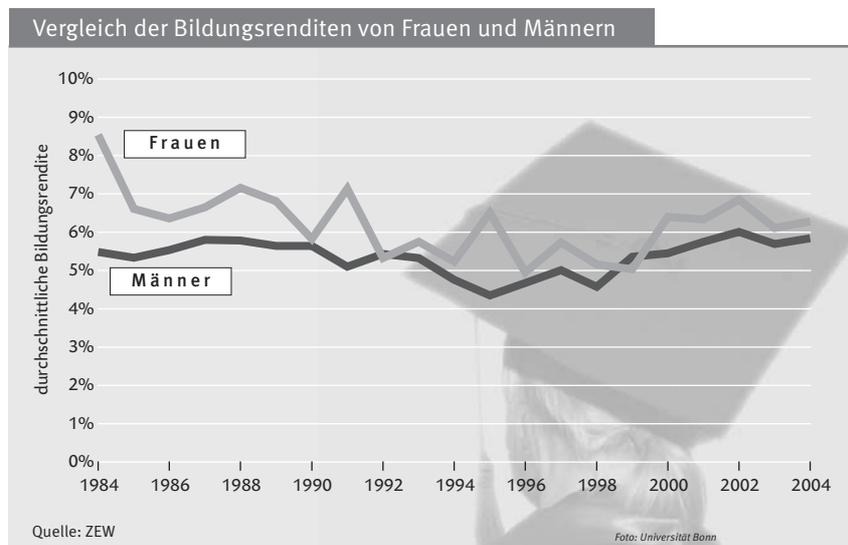


Bildungsrenditen in Deutschland steigen seit einigen Jahren wieder

In den vergangenen Jahren sind die Bildungsrenditen in Deutschland wieder gestiegen, nachdem sie bis Ende der 1990er Jahre gesunken waren. Bildungsrenditen geben an, wie sich ein zusätzliches Jahr Ausbildung an einer Schule oder Hochschule in der Höhe des Arbeitsverdiensts niederschlägt. Die steigenden Bildungsrenditen deuten darauf hin, dass Betriebe längere Ausbildungszeiten wieder stärker honorieren. Zudem haben sich die Bildungsrenditen zwischen Frauen und Männern in den vergangenen Jahren angeglichen, wie eine aktuelle ZEW-Studie zeigt.



In der modernen Arbeitswelt mit weltweit agierenden Unternehmen benötigen die Arbeitnehmer vielfältige Fähigkeiten und Kompetenzen. Schulen und Hochschulen sollen dazu beitragen, diese Fähigkeiten in ausreichendem Maße zu erwerben. Der starke Ausbau der Schulen und Hochschulen in den 1960er und 1970er Jahren führte nicht nur zu einer generellen Zunahme der Bildungsbeteiligung in der Bevölkerung, sondern mit einer zeitlichen Verzögerung auch zu einer Zunahme des Bildungsniveaus der Erwerbsbevölke-

rung. Nach einer neuen ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-010), die auf den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) basiert, nahm in den vergangenen 20 Jahren die durchschnittliche Anzahl der Ausbildungsjahre bei Arbeitnehmern um etwa ein Jahr zu, von 11,7 Jahren im Jahr 1984 auf 12,7 Jahre im Jahr 2005.

Wenn immer mehr Höhergebildete auf den Arbeitsmarkt drängen, stellt sich für die Bildungspolitik und den Einzelnen unter anderem die Frage, ob es im Zuge einer solchen Expansion zu

einer Entwertung der erworbenen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt kommen kann. Die ZEW-Studie untersucht zur Beantwortung dieser Frage die Entwicklung der privaten, am Arbeitsmarkt erzielten Erträge von Ausbildungsinvestitionen in Westdeutschland für den Zeitraum 1984 bis 2004. Dabei werden Bildungsrenditen als prozentuales Zusatzeinkommen in Folge eines zusätzlichen Ausbildungsjahres gemessen. Die Studie schätzt die Entwicklung der Bildungsrenditen für die einzelnen Jahre sowie getrennt für Frauen und Männer. Methodisch werden die Ergebnisse von Schätzverfahren verglichen, die eine für alle konstante Bildungsrendite unterstellen (Methode der Kleinsten Quadrate) beziehungsweise eine für jede Arbeitnehmerin, für jeden Arbeitnehmer individuell verschiedene Bildungsrendite (Kontrollfunktionsschätzer, Conditional Moment Independence Schätzer). Im letzteren Fall wird der Durchschnittswert der Ausbildungsren-

IN DIESER AUSGABE

Bildungsrenditen in Deutschland steigen seit einigen Jahren wieder	1
EU-Emissionshandel – „heiße Luft“ oder sinkende Emissionen	2
Setzen Venture-Capital-Investoren Unternehmensgründer vor die Tür?	3
Ländlichkeit ist kein Erklärungsfaktor für die regionale digitale Kluft	4
ZEW-Konferenz	5
Termine, Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

diten bestimmt. Da die Entscheidung für Bildung vom familiären Hintergrund, von persönlichen Vorstellungen und nicht zuletzt von finanziellen Ressourcen abhängt, könnten sich die Erträge aus den Bildungsinvestitionen individuell unterscheiden.

Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitnehmern steigt

Die durchschnittliche Bildungsrendite (gemessen mit dem Schätzer, der eine individuell verschiedene Bildungsrendite unterstellt) betrug in Westdeutschland 1984 etwa 6,6 Prozent, sank bis

1998 auf einen Wert von 5 Prozent und ist seitdem auf 6 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung legt die Vermutung nahe, dass die steigende Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit einer längeren Ausbildung zu einem zunächst zunehmenden Lohnwettbewerb mit sinkenden Bildungserträgen geführt hat. In jüngster Zeit scheint dieser fallende Trend nun gestoppt zu sein, und die Bildungsrenditen steigen wieder. Offensichtlich gibt es neben dem zunehmenden Angebot an Höhergebildeten, das eher dämpfend wirken dürfte, weitere Faktoren, die eher stimulierend wirken. Hier sind insbesondere die

Computer- und jüngst die Internetrevolution zu nennen, die zu einer zunehmenden Nachfrage der Unternehmen nach hochqualifizierten Arbeitskräften beigetragen hat.

Des Weiteren zeigt die Studie, dass die Bildungsrenditen von Frauen seit den 1980er Jahren gesunken sind (siehe Grafik auf Seite 1). Allerdings verringert sich die Kluft zwischen Männern und Frauen, sodass heute keine signifikanten Unterschiede mehr feststellbar sind. Ein wichtiger Faktor für diese Konvergenz dürfte die steigende Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben sein.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

EU-Emissionshandel – „heiße Luft“ oder sinkende Emissionen?

In der ersten Phase des Kioto-Protokolls ab 2008 ist es für Russland attraktiv, eigene Emissionsrechte über den Europäischen Emissionshandel zu verkaufen, ohne dass dadurch die russischen Emissionen gesenkt werden müssten. Da Russlands Kioto-Emissionsrechte deutlich günstiger sein werden als das für 2008 im EU-Emissionshandel erwartete Preisniveau von etwa 15 Euro pro Tonne Kohlendioxid, profitieren hiervon auch die europäischen Unternehmen. Die Umweltwirkungen eines solchen Verkaufs sind jedoch negativ, da nur „heiße Luft“ verkauft wird, also Emissionsrechte, die Russland im Kioto-Protokoll über die von ihm tatsächlich benötigten Emissionen hinaus zugeteilt wurden. Dies zeigt eine Studie des ZEW, die eine mögliche Rolle Russlands im europäischen Emissionshandel untersucht.

Der Anreiz für Russland, Emissionsrechte in Europa zu verkaufen, ist im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen, wie die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-016) ausführt: zum einen die reichliche Ausstattung Russlands mit „heißer Luft“ im Rahmen des 1997 ausgehandelten Kioto-Protokolls, zum anderen die regionale Beschränkung des EU-Emissionshandels. Durch die Insellösung des EU-Emissionshandels erhalten Kohlendioxidemissionen in Europa einen Preis, der zwar die Knappheit der europäischen Emissionsrechte, nicht aber unbedingt

die globale Knappheit widerspiegelt. So ist in Regionen, die im Protokoll mehr Emissionsrechte zugewiesen bekommen haben als sie emittieren, der Preis für Emissionsrechte gering. Dies gilt vor allem für Russland. Daraus entsteht in diesen Regionen der Anreiz, billige Emissionsrechte nach Europa zu exportieren, da dort gut für sie bezahlt wird.

Europa muss sich entscheiden

Die europäische Klimapolitik muss sich also entscheiden. Entweder will sie die europäischen Unternehmen und

Verbraucher von den Kosten des Klimaschutzes entlasten; dann sollte sie Russland den Zugang zum EU-Emissionshandel ermöglichen und muss akzeptieren, dass in der EU weniger Vermeidung stattfindet und dafür auch sonst nirgendwo zusätzliche Emissionen vermieden werden. Oder sie will tatsächlich Emissionen reduzieren; dann muss sie akzeptieren, dass der europäische Beitrag zum Klimaschutz reale Kosten verursacht und sollte den Import von „heißer Luft“ verhindern.

Trotzdem muss die Vermeidung von Emissionen nicht unbedingt in der EU stattfinden: Es können weiterhin die Kosten des Klimaschutzes durch alternative flexible Instrumente des Kioto-Protokolls reduziert werden. Das sind beispielsweise Investitionen in internationale Projekte, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern – insbesondere in Entwicklungsländern, aber auch in Russland.

Dr. Ulf Moslener, moslener@zew.de
Dr. Bodo Sturm, sturm@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Setzen Venture-Capital-Investoren Unternehmensgründer vor die Tür?

Neben einer rein finanziellen Beteiligung wirken Venture-Capital-Investoren aktiv am Management ihrer Portfolio-Unternehmen mit und beteiligen sich üblicherweise an wichtigen strategischen, organisatorischen, finanziellen und personellen Entscheidungen. Eine der stärksten Möglichkeiten ihrer Einflussnahme besteht darin, die Zusammensetzung der leitenden Teams zu ändern. Eine aktuelle ZEW-Studie untersucht Auswirkungen der Venture-Capital-Finanzierung auf den Wechsel in Management-Teams bei High-Tech-Gründungen in Deutschland.

Mit zunehmendem Alter eines Unternehmens spielt das technische Know-How der Gründer eine immer geringere Rolle. Stattdessen wird, nachdem ein Produkt entwickelt worden ist, ein profundes Know-how in Management und Marketing erforderlich, um das Produkt erfolgreich zu vermarkten und somit eine Basis für ein profitables Unternehmen zu schaffen. Das Ziel der ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 07-003) ist es, den Einfluss von Venture-Capital(VC)-Investoren in diesem Prozess zu untersuchen. Der Analyse liegen Angaben zu etwa 47.000 deutschen High-Tech-Gründungen der Jahre 1995 bis 2004 aus den halbjährlich aktualisierten ZEW-Gründungspanels zugrunde, die auf Daten des Wirtschaftsinformationsdiensts Creditreform basieren.

Es bestehen mehrere Gründe zur Annahme, dass die Änderungen in den Management-Teams häufiger bei VC-finanzierten Unternehmen zu beobachten sind als bei Firmen, die ohne diese Finanzierungsform auskommen. Erstens ist zu vermuten, dass ein Gründer „sein“ Unternehmen grundsätzlich ungern verlässt – es sei denn, VC-Geber, also engagierte externe Kapitalgeber, üben Druck aus. Zweitens werden die Gründer, selbst wenn sie in ihrem Unternehmen bleiben können, nicht notwendigerweise positiv gegenüber einer Erweiterung des Teams um einen erfahrenen Manager eingestellt sein, weil sie ihre Entscheidungsbefugnisse nicht abgeben oder teilen möchten. Dagegen ist zu vermuten, dass VC-Investoren, die bekanntermaßen in erster Linie von

Renditeüberlegungen geführt sind, die Gründer ersetzen wollen, sobald sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass diese ineffizient arbeiten oder dass für das Unternehmen zusätzliches Know-how erforderlich ist.

Größe und Zusammensetzung der leitenden Teams ändern

Die Studie untersucht den Einfluss von VC-Investoren auf die Änderungen der Größe und der Zusammensetzung

Bei VC-finanzierten Unternehmen ist die Wahrscheinlichkeit einer Team-Vergrößerung, Team-Verkleinerung und einer Team-Auswechslung signifikant höher als bei nicht VC-finanzierten Unternehmen (siehe Tabelle). In fast 59 Prozent der VC-finanzierten Unternehmen kommt es zu einer Änderung im leitenden Team, während dies nur bei 35 Prozent der nicht VC-finanzierten Unternehmen zutrifft.

Heterogene VC-Investoren

Die Änderungen innerhalb der leitenden Management-Teams bei den VC-finanzierten Unternehmen werden in der Studie aufgrund der starken Heterogenität des Engagements der einzelnen VC-Investoren genauer unter die Lupe genommen. Vor allem wird untersucht,

Wahrscheinlichkeit der Änderung des leitenden Teams

	Anteil Unternehmen	
	VC-finanziert	nicht VC-finanziert
mit Änderung im leitenden Team*	58,66%	35,23%
– Vergrößerung	15,52%	8,52%
– Verkleinerung	22,24%	11,38%
– Auswechslung	38,36%	20,84%
ohne Änderung im leitenden Team	41,34%	64,77%

* Mehrfachnennungen möglich

Quelle: ZEW

der leitenden Teams. Es werden drei Änderungszustände unterschieden: Vergrößerung (Erhöhung der Anzahl der Team-Mitglieder), Verkleinerung (Verringerung der Anzahl), Auswechslung eines oder mehrerer Mitglieder (mindestens ein Mitglied des ursprünglichen Teams verlässt das Team und mindestens ein neues Mitglied kommt dazu). Dabei schließen sich die Zustände Vergrößerung und Auswechslung, aber auch Verkleinerung und Auswechslung nicht gegenseitig aus.

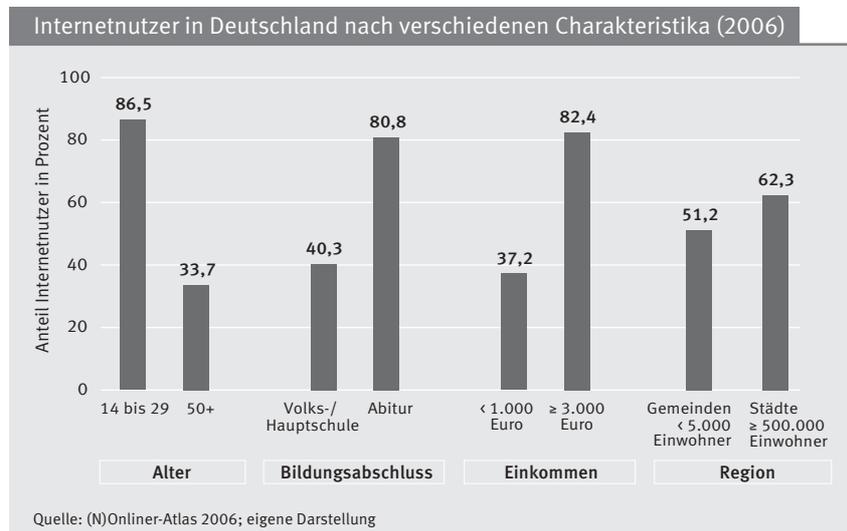
ob ein intensiveres VC-Engagement die Wahrscheinlichkeit von Änderungen im leitenden Management-Team erhöht. Verkleinerungen, Vergrößerungen und Auswechslungen kommen eher dann vor, wenn der VC-Geber und das Unternehmen räumlich nah beieinander liegen und wenn der VC-Geber einen hohen Anteil am Unternehmen hält. Ferner sind öffentliche VC-Investoren in dieser Hinsicht passiver als private VC-Geber.

Diana Heger, heger@zew.de
Dr. Tereza Tykvová, tykvova@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Ländlichkeit ist kein Erklärungsfaktor für die regionale digitale Kluft

Für immer mehr Menschen in Deutschland ist das Internet aus dem privaten Alltag nicht mehr wegzudenken. Jedoch partizipieren nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße an dieser Entwicklung. So sind beispielsweise deutliche Gefälle im Ausmaß der Internetnutzung zwischen Städten und ländlichen Regionen beobachtbar. Inwiefern dieser regionale „Digital Divide“ auf Unterschiede in individuellen Merkmalen der Bewohner zurückzuführen ist und welche regionalen Aspekte eine Rolle spielen, hat das ZEW mit finanzieller Unterstützung des baden-württembergischen Programms „doIT-regional“ untersucht.



Die Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-085) untersucht für die Jahre 2000 und 2001 die Wahrscheinlichkeit von Individuen, mit der privaten Internetnutzung zu beginnen. Die empirischen Analysen basieren auf einem zusammengesetzten Datensatz aus SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) und INKAR (Indikatoren, Karten und Graphiken zur Raumentwicklung in Deutschland und Europa), der es ermöglicht, individuelle und regionale Informationen miteinander zu verknüpfen.

Der Datensatz beinhaltet 13.626 bisherige Nichtnutzer, von denen im untersuchten Zeitraum 2000/2001 ein Anteil von gut 17 Prozent mit der Internetnutzung startet. In Städten erweist sich dieser Anteil als signifikant höher als in ländlichen Regionen (18 gegenüber 15 Prozent). Die Ergebnisse der ökonomischen

Analysen im Rahmen der ZEW-Studie zeigen indes, dass die Wahrscheinlichkeit, mit der Internetnutzung zu beginnen, vor allem von individuellen Faktoren abhängt: Sie nimmt mit dem Alter ab und steigt mit dem Bildungsabschluss und dem Einkommen der Individuen. Für Männer ist die Wahrscheinlichkeit eines Nutzungsbegins zudem höher als für Frauen, für Personen mit deutscher Nationalität höher als für Ausländer.

Positive Netzwerkeffekte

Von den beobachteten Charakteristika des Wohnorts erweisen sich für die individuelle Zugangswahrscheinlichkeit nur zwei Faktoren als bedeutsam. So spielt der regionale Anteil bereits erfahrener Internetnutzer eine große Rolle.

Der positive Zusammenhang besteht auch, wenn der regionale Anteil jüngerer sowie der regionale Anteil hoch qualifizierter im Modell berücksichtigt werden. Somit scheinen positive Netzwerkeffekte über das bloße Weitergeben von Wissen dieser Internet-erfahrenen Bevölkerungsgruppen hinauszugehen. Familienmitglieder oder Freunde, die in der gleichen Region leben und das Internet bereits nutzen, können als Erklärung für den gefundenen Netzwerkeffekt dienen. Eine höhere regionale Nutzerzahl erhöht zudem den Umfang regionalspezifischer Inhalte im Internet und schafft zusätzliche Anreize, online zu gehen. Daneben bleibt auch der positive Zusammenhang des Anteils der Ein-Personen-Haushalte mit der individuellen Zugangswahrscheinlichkeit zur Internetnutzung bestehen, wenn individuelle Faktoren berücksichtigt werden.

Die Wahrscheinlichkeit, Internetnutzer zu werden, hängt somit nicht allein davon ab, ob eine Person in der Stadt oder auf dem Land lebt. Vielmehr kann die regionale digitale Kluft durch die regional unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung begründet werden. Maßnahmen, die darauf abzielen, die digitale Kluft in Deutschland zu verringern, sollten daher in erster Linie die Internetfähigkeiten von gering qualifizierten und älteren Menschen fördern. Zudem gilt es, bereits erfahrenen Internetnutzern die Möglichkeit zu bieten, ihr Wissen an Nichtnutzer weiterzugeben.

Anders als noch im Jahr 2001, als nur ein sehr geringer Anteil der Internetnutzer via Breitbandanschluss online ging, spielen heute Unterschiede in der Breitbandverfügbarkeit zwischen Stadt und Land eine wichtige Rolle. Die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen sollte daher vorangetrieben werden.

Katrin Schleife, schleife@zew.de

ZEW-KONFERENZ

ZEW-Konferenz zu Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa

Im März 2007 fand im Bundesministerium der Finanzen (BMF) in Berlin eine Konferenz zu „Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa“ statt. Unter der Leitung von Sebastian Hauptmeier (ZEW), Friedrich Heinemann (ZEW), Christian Kastrop (BMF) und Ludger Schuknecht (Europäische Zentralbank, EZB) diskutierten mehr als 30 Vertreter aus Wissenschaft und Politik.

Zu Beginn sprach sich Bundesminister Peer Steinbrück (BMF) für die Bestimmung gemeinsamer Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten in der Finanzpolitik aus, um auf dieser Grundlage aufkommende Begehrlichkeiten abwehren zu können. Joaquín Almunia (EU-Kommissar) forderte, dass die öffentlichen Haushalte weiterhin konsolidiert und Strukturreformen umgesetzt werden. Beide erkannten angesichts knapper öffentlicher Kassen die Notwendigkeit, die Finanzpolitik zukünftig stärker an der Qualität des Outputs statt an der Quantität des Inputs zu messen.

Qualität öffentlicher Finanzen im Rahmen der Lissabon-Ziele

Roberto Perotti (Universität Bocconi) machte deutlich, dass aus wissenschaftlicher Perspektive weiterhin eine große Unsicherheit bezüglich der makroökonomischen Wirkungen der Fiskalpolitik bestehe. Sowohl Manmohan Kumar (Internationaler Währungsfonds) als auch Alessandro Turrini (EU-Kommission) beschäftigten sich mit der Frage nach den Effekten einer Konsolidierungspolitik bei gleichzeitiger Umsetzung von Strukturreformen. Kumar kam zu dem Ergebnis, dass durch eine solche Verbindung die kurzfristig entstehenden Kosten auf mittlere Sicht kompensiert werden würden. Turrini schlussfolgerte, dass die Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Wahrscheinlichkeit der Durchfüh-



von links: Peer Steinbrück (BMF), Guido Böhsem (FTD, Moderation), Joaquín Almunia (Kommissar für Wirtschaft und Währung der EU-Kommission)

Foto: BMF

rung von Arbeitsmarktreformen in jenen Ländern erhöht habe, in denen Wahlen bevorstanden.

Stärker auf die Leistungsfähigkeit von Politiksystemen zielte Martin Heipertz (BMF) ab. Auf Basis von Korrelationsdiagrammen leitete er Schlussfolgerungen zur Leistungsfähigkeit unterschiedlicher Wirtschafts- und Sozialmodelle ab. Er plädierte dafür, die öffentlichen Ausgaben deutlich zu senken.

Roel Beetsma (Universität Amsterdam) untersuchte unter Verwendung prognostizierter fiskalpolitischer Daten die Interdependenz der Fiskalpolitiken in der EU. Er fand empirische Evidenz dafür, dass die Fiskalpolitik der großen Länder die der kleinen Länder beeinflusse, nicht jedoch umgekehrt.

Effizienz und Leistungsfähigkeit öffentlicher Finanzen

Vito Tanzi (Interamerikanische Entwicklungsbank) forderte, dass der Staat zwar Marktversagen korrigieren, nicht aber die Märkte gänzlich ersetzen solle. Stattdessen müsse er sich auf die wesentlichen Aufgaben beschränken und die öffentlichen Haushalte stärker nachhaltig und effizient ausrichten.

Mit der Effizienz des öffentlichen Gesundheitssektors beschäftigten sich

Miguel St. Aubyn (Technische Universität Lissabon) und António Afonso (EZB). Sie stellten fest, dass Länder ihre Leistungsfähigkeit bei gleichbleibendem Mitteleinsatz um 40 Prozent steigern könnten. Allerdings ließe sich ein Großteil der Ineffizienzen mittels der verwendeten Kontrollfaktoren (BIP pro Kopf, Bildungsniveau etc.) erklären.

Jürgen Stark (EZB) machte deutlich, dass das Interesse der Zentralbanken an der Fiskalpolitik auf kurze Sicht in der budgetären Konsolidierung und auf lange Sicht in der Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen bestehe. In einer stilisierten Analyse leitete er eine optimale Ausgabenquote in Höhe von 30 bis 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts her.

Abschließend thematisierten zwei Beiträge die Effizienzaspekte in Föderalstaaten. Zunächst zeigte Christos Kotsogiannis (Universität Exeter) im Rahmen eines formalen Modells, dass Finanzausgleichssysteme in Föderalstaaten die Vergleichbarkeit zwischen den Gebietskörperschaften erschwerten. Sodann kam Lars Feld (Universität Heidelberg) im Rahmen einer Panelanalyse für die Schweizer Kantone zu dem Ergebnis, dass die Intensität des Steuerwettbewerbs zumindest nicht schädlich für das Wirtschaftswachstum sei.

Philipp Mohl, mohl@zew.de

ZEW ECONOMIC STUDIES

Stephan Lothar Thomsen

Evaluating the Employment Effects of Job Creation Schemes in Germany

Dieses Buch untersucht die Beschäftigungseffekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Teilnehmer in Deutschland. Über die Programme werden schwer vermittelbaren Personen subventionierte Stellen angeboten, die keine Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes ersetzen und die für die Gesellschaft wertvolle Dienste leisten. Untersuchungen anderer Länder bezüglich der Effektivität solcher Programme legen nahe, dass diese auf die Bedürfnisse der Arbeitslosen ausgerichtet sein sollten und in einer frühen Phase der Arbeitslosigkeit angeboten werden sollten. Beide Befunde werden daraufhin überprüft, ob sie auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Deutschland zutreffen.

Band 36 (in englischer Sprache), Physica Verlag, Heidelberg/New York, 2007, ISBN 978-3-7908-1949-6.

TERMIN

Mannheimer Unternehmenssteuertag am 21. Juni 2007

Das ZEW führt in Kooperation mit der Universität Mannheim am 21. Juni 2007 erstmalig den „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ durch. In diesem Jahr stehen die Unternehmenssteuerreform 2008 in Deutschland sowie Umstrukturierungen und Unternehmensübertragungen im Vordergrund.

Der „Mannheimer Unternehmenssteuertag“ richtet sich vor allem an Finanzvorstände und Leiter von Steuerabteilungen, aber auch an Finanz- und Steuerfachleute großer und mittlerer Unternehmen sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Die Veranstaltung beinhaltet sowohl Vorträge als auch Workshops mit Möglichkeiten zu ausführlichen Diskussionen. Hierdurch erhalten die Teilnehmer fundierte Ratschläge und Gestaltungsmöglichkeiten für die betriebliche Steuerplanung und -gestaltung.

Information und Anmeldung: www.zew.de/Veranstaltungen

EXPERTENSEMINARE

- 21.5.2007 Panelökonometrie I – Grundlagen:
Grundmodelle der Panelökonometrie
- 22.5.2007 Panelökonometrie II – Nicht-stationäre Paneldaten
- 23.5.2007 Verrechnungspreise II: Aktuelle Problemfelder
- 24.5.2007 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) –
Erfolgreich von der Antragstellung bis zur Projektdurchführung
- 11.6.2007 Training for IFRS – Finanzderivate nach IAS 32 und IAS 39
- 13./14.6.2007 Economic Modelling Workshop 2007 –
Economic Evaluation of Climate, Labour Market and
Pension Policies, Brüssel
- 18./19.6.2007 Prägnanter präsentieren –
Coaching für professionelle Vortragsveranstaltungen.

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/Weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DOKUMENTATIONEN

Nr. 07-01, Christoph Grimpe: Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index: Konzeption und Berechnung eines Barometers für weltweite Fusions- und Akquisitionstätigkeit.

ZEW DISCUSSION PAPERS

No. 07-011, Dirk Czarnitzki, Andrew A. Toole: Exploring the Relationship Between Scientist Human Capital and Firm Performance: The Case of Biomedical Academic Entrepreneurs in the SBIR Program.

No. 07-012, Reint Gropp, Arjan Kadareja: Stale Information, Shocks and Volatility.

No. 07-013, Knut Blind, Katrin Cremers, Elisabeth Müller: The Influence of Strategic Patenting on Companies' Patent Portfolios.

No. 07-014, Bernhard Boockmann, Susanne Steffes: Seniority and Job Stability: A Quantile Regression Approach Using Matched Employer-Employee Data.

No. 07-015, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß: Age-dependent Skill Formation and Returns to Education.

No. 07-016, Oliver Himmler, Robert Schwager: Double Standards in Educational Standards – Are Disadvantaged Students Being Graded More Leniently?

No. 07-017, Kathrin Göggel: Sinkende Bildungsrenditen durch Bildungsformeln? Evidenz aus Mikrozensus und SOEP.

No. 07-018, Tobias Schmidt: Motives for Innovation Co-operation – Evidence from the Canadian Survey of Innovation.

No. 07-019, Astrid Dannenberg, Tim Mennel, Ulf Moslener: What Does Europe Pay for Clean Energy? – Review of Macroeconomic Simulation Studies.

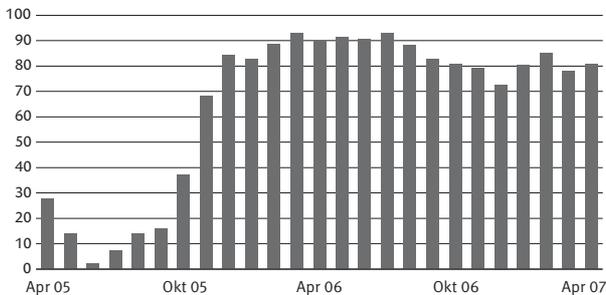
No. 07-020, Alexandra Spitz-Oener: The Returns to Pencil Use Revisited.

No. 07-021, Jürgen Egel, Helmut Fryges, Sandra Gottschalk, Christian Rammer: Dynamik von akademischen Spinoff-Gründungen in Österreich.

No. 07-022, Sarah Borgloh, Frank Kupferschmidt, Berthold U. Wigger: Verteilungseffekte der öffentlichen Finanzierung der Hochschulbildung in Deutschland: Eine Längsschnittbetrachtung auf der Basis des Soziökonomischen Panels.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im April 2007

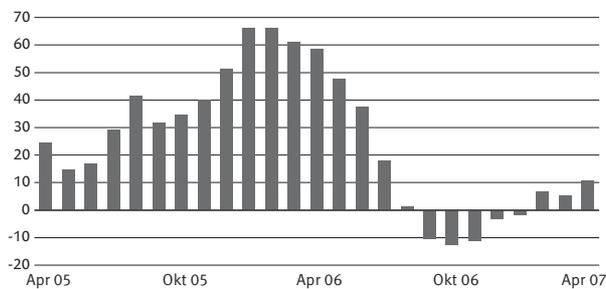


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Gute Konjunktur und Inflationsgefahren

Bei ihrer Sitzung am 12. April 2007 beließ die EZB die Leitzinsen bei 3,75 Prozent. Ähnlich wie im Vormonat schätzt sie die konjunkturelle Entwicklung gut ein, betont aber die Risiken für die Preisstabilität. Diese Risiken entstehen vor allem durch eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Damit steigt der Verhandlungsspielraum der Arbeitnehmer, und es könnte eine Lohn-Preis-Spirale entstehen, der die EZB mit Zinserhöhungen gegensteuern müsste. Insgesamt steigen die Zinserhöhungserwartungen um 2,1 auf 80,7 Punkte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



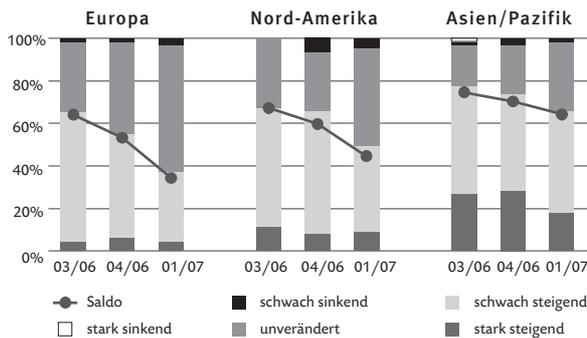
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Gesunder Aufschwung

Die Erwartungen der Finanzmarktexperten für die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum haben sich im April deutlich verbessert. Der entsprechende Indikator stieg um 5,6 auf 10,7 Punkte. Damit zeichnet sich ein stabiles Wachstum der Eurozone ab. Dieses kann sich vor allem auf die Binnennachfrage stützen, die von einer gesunkenen Arbeitslosigkeit in Europa profitieren dürfte. Zudem werden die weltweiten Wachstumsaussichten robust eingeschätzt, trotz der erwarteten Schwäche in den Vereinigten Staaten.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

TransportmarktBarometer: Befindet sich die Luftfracht im Tiefflug?

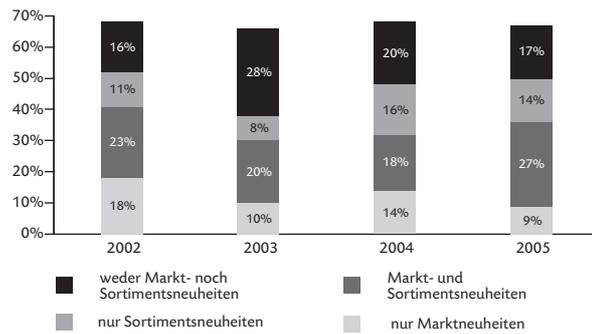


Quelle: ZEW

Im ersten Quartal 2007 schätzen die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW die Mengenentwicklung der Luftfracht zurückhaltend ein. Erstmals seit dem zweiten Quartal 2005 rechnen weniger als 50 Prozent der Befragten im nordamerikanischen Flugverkehr mit steigenden Frachtmengen; in Europa sind es nicht einmal 40 Prozent. Die Anzahl der Optimisten ist somit erneut gesunken. Lediglich den Asienverkehr sehen zwei Drittel der Experten als Wachstumsmarkt. Steigende Preise erwarten sie mehrheitlich jedoch auch im ersten Quartal auf allen Relationen, wenn auch zurückhaltender als im Vorquartal.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Maschinenbau: Mehr Unternehmen mit Marktneuheiten



Quelle: ZEW

Der Anteil der Produktinnovatoren im deutschen Maschinenbau blieb 2005 mit 67 Prozent gegenüber den Vorjahren nahezu unverändert. Dagegen stieg 2005 der Anteil der Unternehmen mit Marktneuheiten gegenüber 2004 leicht von 32 Prozent auf 36 Prozent und liegt damit deutlich über dem Anteil des Jahres 2003 (30 Prozent), aber immer noch unter dem Wert des Jahres 2002. Der Anteil der Unternehmen mit Sortimentsneuheiten stieg 2005 auf den höchsten Stand seit 2002 (41 Prozent). Diese Zahlen weisen auf eine gestiegene Bedeutung von Produktinnovationen als Möglichkeit zur Diversifizierung des Produktangebots hin.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Klima

Die neuen Berichte des Weltklimarats heben die Gefahr einer weltweiten Klimaerwärmung deutlich hervor, mit dramatischen Folgen. Bis zu 30 v.H. der Tier- und Pflanzenwelt seien vom Aussterben bedroht, und in den

Megadeltas in Asien stehe infolge des zunehmenden Anstiegs des Meeresspiegels eine Wasserknappheit bei gleichzeitiger Überflutung bevor.

Obschon das Szenario einer globalen Erwärmung von den Wissenschaftlern mit einer allerdings sehr hohen Wahrscheinlichkeit versehen wird, sollte es als Grundlage für weitere Erörterungen zur Klimapolitik dienen, zumal heutzutage wesentlich umfangreichere Datensätze und leistungsfähigere Simulationsmodelle zur Verfügung stehen. Natürlich besteht das Risiko, dass die Wissenschaftler sich irren und wir eine kostenträchtige, aber nutzlose Klimapolitik betreiben. Aber die Kosten eines Abwartens dürften unverhältnismäßig und unvertretbar höher sein, wenn die Klimaforscher nämlich recht behalten.

Im Mittelpunkt der klimapolitischen Diskussion steht der Kohlendioxid(CO₂)-Ausstoß. Und nun wird es skurril. Praktisch kein Tag vergeht, ohne dass sich jemand berufen fühlt, mit einschlägigen Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten, vorneweg Politiker. Die Spanne der Empfehlungen reicht von einem Verbot konventioneller Glühbirnen und Stand-by-Schaltern über Appelle, den Urlaub hierzulande zu verbringen, bis hin zu einer ermäßigten Erbschaftssteuer für Energiesparhäuser. Diese und andere Ideen auch nur ansatzweise in Frage zu stellen, gilt in hohem Maße als ketzerisch, zumindest aber als politisch unkorrekt.

Unbestritten muss der CO₂-Ausstoß verringert werden, selbst vor dem Hintergrund, dass auf menschliche Aktivitäten nur ein kleiner, wenngleich rasant steigender Anteil entfällt. Solange indes China, Indien und die Vereinigten Staaten weitermachen wie bisher – auf diese Länder entfällt rund die Hälfte des weltweiten anthropogenen CO₂-Ausstoßes –, entfalten Maßnahmen hierzulande nur ziemlich unerhebliche

Wirkungen, der entsprechende Anteil Deutschlands beläuft sich nämlich auf drei Prozent. Gleichwohl kann sich Deutschland zugute halten, für die Bilanz der EU-15-Staaten Schlimmeres verhindert zu haben. Während Deutschland und das Vereinigte Königreich den CO₂-Ausstoß seit dem Jahr 1990 kräftig verringert haben, wurden diese Minderungen von den steigenden Emissionen der restlichen EU-15-Mitgliedsstaaten sogar überkompensiert. Obgleich zur eindrucksvollen Bilanz Deutschlands der Niedergang der ostdeutschen Industrie beigetragen hat, sind wir der immer wieder thematisierten Vorbildfunktion bisher jedenfalls nachgekommen.

Wenn es darum geht, auf diesem Weg weiter zu schreiten, sollte mehr Rationalität in die CO₂-Reduktionspolitik einkehren. Ein geeignetes Kriterium dafür sind die Grenzvermeidungskosten, also die Kosten für die nächste zu vermeidende Tonne CO₂. Das heißt, dass mit der Reduktionspolitik dort angesetzt werden sollte, wo die Grenzvermeidungskosten vergleichsweise niedrig sind, solange bis sich diese in allen Sektoren angeglichen haben. Dies entspricht nicht nur einem ökonomischen Kalkül, sondern stellt zudem ein ökologisches Erfordernis dar. Denn wenn stattdessen nach dem Motto „Wir sparen, koste es, was es wolle“ verfahren wird und wir somit wertvolle Ressourcen verschwenden, laufen wir Gefahr, letztlich weniger Klimaschutz als möglich zu erreichen. So übersteigen etwa die Grenzvermeidungskosten des Autofahrens die der Energieerzeugung um mehr als den Faktor 10. Mit anderen Worten: Jede ersparte Tonne CO₂ im Automobilbereich kostet im Vergleich zur Energieerzeugung rund zehn Mal soviel. Der Staat wäre vermutlich überfordert, die Grenzvermeidungskosten für sämtliche Sektoren zu ermitteln. Das ist auch nicht erforderlich. Er kann den Akteuren die Knappheit an CO₂ durch Steuern und Zertifikatpreise signalisieren und ihnen die Entscheidung über Art und Umfang der Vermeidung überlassen. Mit einem einheitlichen Knappheitssignal für CO₂ kann damit die Angleichung der Grenzvermeidungskosten getrost den Emittenten selbst überlassen werden.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu

Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007